

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Preis 0.10 RM.

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung unter NRW / Pric / Press / 43 vom 23. Dezember 1946.

Nr. 39

Bielefeld, den 29. November 1947

Erscheint sonnabends

„Tatkräftige Hilfe, nicht leere Worte!“

Ein aufschlußreicher und klärender Briefwechsel

Am 30. September (Ausgabe Nr. 78) brachte die „Westfalen-Zeitung“ in Bielefeld unter der Überschrift „Tatkräftige Hilfe, nicht leere Worte“, folgendes:

„Aus einem Brief an den Bielefelder Oberbürgermeister Ladebeck, in dem sich einer unserer Leser über die mangelnde Betreuung der Heimkehrer durch die Wirtschaftsämter beklagt, und den er der „WZ“ mit Bezug auf unseren kürzlich veröffentlichten Leserbrief: Einer für viele! zur Verfügung stellt, ist folgender Auszug besonders interessant:

Vor längerer Zeit habe ich beim Wirtschaftsamt für meinen aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Sohn die dringendsten Bezugsscheine beantragt. Der Antrag lief den Weg über die Blockhelferin mit dem Erfolg, daß ich trotz mehrerer Anfragen nichts mehr darüber erfuhr.

In letzter Zeit haben mehrfach öffentliche Kundgebungen für die Freigabe unserer Kriegsgefangenen stattgefunden. Zum gleichen Thema haben Sie, Herr Oberbürgermeister, das Wort ergriffen. Wenn unsere Kriegsgefangenen von diesen Kundgebungen erfahren, werden sie sicherlich tief beeindruckt sein und zuversichtlich an eine vorbildliche Fürsorge glauben. Welch bittere Enttäuschung aber erwartet sie, wenn sie eines Tages erfahren müssen, wie weit doch billige Worte von fürsorgenden Taten entfernt sind. Gar mancher äußerte erbittert: „Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich nicht wieder heimgekommen.“ Eine furchtbare Anklage, die gebieterisch fordert, daß für die Unterstützung unserer Kriegsgefangenen nicht nur mit Worten eingetreten wird, sondern mit hilfreicher Tat. A. D.“

Nachdem der obige an mich geschriebene Brief der Westfalen-Zeitung zur Veröffentlichung übergeben und von dieser davon ohne Prüfung Gebrauch gemacht worden ist, darf es der Bürgerschaft überlassen werden, den Sachverhalt an Hand der nachfolgenden Aktenauszüge zu überprüfen.

A. Ladebeck, Oberbürgermeister.

An das Wirtschaftsamt IV, Bielefeld, Bethellecke.

Betrifft: Bezugsscheine für Spinnstoffe.

Vor etwa 4 Wochen beantragten wir durch die zuständige „Blockhelferin“ folgende Bezugsscheine für unseren Sohn: 1 Berufsmantel, 1 leichtes Sommerjackett, 1 Paar Schuhe.

Unser oben bezeichneter Antrag auf Ausfertigung von Bezugsscheinen für ihn wurde ohne Angabe eines Grundes abgelehnt. Das war bei der bekannten hiesigen Einstellung zum Flüchtlingsproblem nicht anders zu erwarten.

Bemerkenswert allerdings ist die Art der Erhebungen, die an die unheimlichen Nazi-Methoden erinnern. Eine Blockhelferin, die als Bielefelderin die Sorgen und Nöte der Vertriebenen natürlich besonders gut kennt und beurteilen kann, wird vorgeschickt, läßt sich in längerer Unterhaltung mit der Wohnungsinhaberin allenfalls zur Bestätigung ihrer längst fertigen Meinung eine ganz „objektive“ Darstellung über die Wirtschaftslage der „Flüchtlinge“ geben und — der Ablehnung des Antrages steht nichts mehr im Wege. Nicht einmal eine Mitteilung über die Ablehnung des Antrages wird für nötig gehalten.

Diese Art der Erledigung eines in der heutigen Zeit so wichtigen Antrages ist zu lehrreich, um sie der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Vorher wende ich mich aber erst einmal an das dortige Amt selbst und bitte um Ausstellung von Bezugsscheinen für meinen Sohn Volkhard (Geb. Dat. 26. 10. 26) und zwar für

1 Nachthemd, 1 Oberhemd, 1 Unterbeinkleid, 2 Paar Strümpfe, 2 Handtücher, 3 Taschentücher, 1 leichtes Sommerjackett, 1 Berufskittel und 1 Paar Schuhe.

Den Berufskittel benötigt mein Sohn dringend für Arbeiten in der Anatomie. Das Lieferangebot einer hiesigen Firma liegt dafür vor.

Die Blockhelferin aber, die von einem geradezu erschreckenden Maß an Urteilsunfähigkeit besessen zu sein scheint, wird raschestens verabschiedet werden müssen ohne sie Unheil anrichtet. Denn die Erbitterung unter den Flüchtlingen ist groß. Um allen falschen Auslegungen und sich hieraus ergebenden Weiterungen vorzubeugen, wird man Flüchtlinge nur durch Flüchtlinge betreuen lassen dürfen, wie das in anderen Bezirken bereits mit Erfolg geschieht. Eine „Betreuung“ durch Ortsansässige kann bei der sattem bekannten Einstellung der hiesigen Einwohner nur als übler Treppenwitz angesehen werden.

Erich Czech.

Die Personalkarten des Wirtschaftsamtes der Stadt Bielefeld weisen folgende Ausgaben an die Familie des E. Czech, Reichsbahnmann, aus:

a) Therese Czech: 19. 12. 46, 1 Paar Hauschuhe, 30. 12. 46 1 Schlüpfer und 1 Büstenhalter, 23. 1. 47 1 Bluse, 14. 12. 46 1 Taghemd, 14. 12. 46 1 Hut und Nähmittel, 8. 5. 46 3mal Nähmittel, 3mal Wolle und 3mal Stopfmittel.
b) Gisela Czech: 14. 12. 46 1 Taghemd und 1 Hüfthalter, 30. 12. 46 1 Schlüpfer, 23. 1. 47 1 Rock und 1 Bluse, 24. 1. 47 1 Paar Schuhe (Altware), c) Erich Czech: 21. 10. 46 1 Paar Socken, 1 Taghemd, 1 Unterhose, 1 Unterjacke,

Nehmt Rücksicht im Straßenbahnverkehr!

Da Verwaltung und Personal der Stadtwerke auf Grund der strafgesetzlichen Bestimmungen eine Verantwortung für das Mitfahren von Fahrgästen auf Trittbrettern und Puffern und auch für eine Überfüllung der Wagen in dem bisherigen Umfang nicht übernehmen können, sehen wir uns gezwungen, unser Fahrpersonal anzuweisen, nur soviel Fahrgäste zuzulassen, als es die Durchführung eines ordnungsmäßigen Fahrbetriebes verlangt. Die Wagen werden daher in Zukunft ohne Rücksicht auf entstehende Verspätungen von den Haltestellen nicht eher abfahren, bis dieser Zustand erreicht ist. Der Einsatz weiterer Verkehrsmittel ist uns leider nicht möglich. Es liegt nunmehr in der Hand des Publikums, ob in Zukunft der laßplanmäßige Verkehr aufrechterhalten kann oder nicht. Wir appellieren hierzu insbesondere an die Kurzstreckenfahrrer mit der Bitte, ihre Fahrten einzustellen.

Wir bitten das Publikum, dieser Anordnung Verständnis entgegenzubringen und insbesondere auf den Berufsverkehr in der Zeit von 7—9 Uhr und von 16—18 Uhr Rücksicht zu nehmen.

Stadtwerke Bielefeld.

2 Handtücher, 19. 12. 46 1 Paar Schuhe f, d) Volkhard Czech: 16. 5. 47 1 Mantel.

Bericht der Blockhelferin zu der Beschwerde

Die Beschwerde des Herrn Czech vom 24. Juni 1947 habe ich gelesen und möchte dazu wie folgt Stellung nehmen:

Der Antrag wurde mir von Frau Czech hereingereicht und in der darauf folgenden Woche bei der Bezugsscheinausgabe habe ich versucht, den Arztkittel bewilligt zu bekommen, da der am dringendsten verlangt wurde. Bei der geringen Zuteilung konnte der Antrag nicht bewilligt werden, da keine Bezugsmarken für die angeforderten Sachen vorrätig waren.

C. wohnen zur Untermiete bei Familie X. Bei meinem Hausbesuch bei X. bedauerte ich die Familie Czech und auch, wie schwer es sei, den Flüchtlingen zu helfen. Hier erfuhr ich, daß C. mehr Sachen haben als mancher Ortsansässige.

In der Wohnung des C. habe ich dann festgestellt, daß dort alles vorhanden ist, angefangen vom Kochtopf bis zur Bekleidung. Als ich Frau C. hierauf vom Elend der anderen Flüchtlinge erzählte, ging sie nicht näher darauf ein.

Ich habe dann erklärt, daß ich mich um den Arztkittel bemühen wolle, aber mit den anderen Sachen müsse sie sich gedulden, bis alle Bedürftigen so viele Sachen hätten wie sie. Nach acht Tagen holte Frau C. dann die Anträge wieder bei mir ab.

Bemerken möchte ich noch, daß Herr X., der Hauptmieter im Wirtschaftsamt beschäftigt ist.

Bericht des städt. Angestellten

Beitr. Reichsbahnmann Erich Czech.

„Ich bin erstaunt, daß Herr C., wenn auch etwas versteckt, mir als Wohnungsinhaber die die Mitschuld an der Ablehnung seines Antrages gibt.“

Die Helferin, Frä. Y., hat bei ihrem Besuche meine Wohnung lediglich aus dem Grunde zuerst besucht, weil Frau C. anderen Besuch hatte. Ein Hinweis auf die bei der Familie C. vorhandenen Bestände war nicht erforderlich, weil die Helferin die reichlich vorhandenen Haushaltsgegenstände — im Gegensatz zur Not anderer Flüchtlinge — ja nicht übersehen konnte.

Innerhalb von neun Monaten sind, um nur einiges anzuführen, 1 komplettes Schlafzimmer, weitere zwei Eisenbettstellen mit Matratzen, 1 komplette Küche, Hausgerät, wie elektrisches Bügeleisen, Zinkeimer, Einkochtopf, andere Kochtöpfe und soweit ersichtlich, ausreichend Bekleidung und Wäsche organisiert worden. Von einer Notlage der Flüchtlinge kann hier keine Rede sein. Wenn alle Flüchtlinge in dieser kurzen Zeit so ausgestattet worden wären, wie in diesem Falle, so wäre das Flüchtlingselend beseitigt.

Ein Glück war es, daß hier nicht ein Flüchtling als Helfer eingesetzt war. Die komplette Ausstattung hätte bestimmt dessen berechtigten Neld erzeugt. Die Zuteilung wäre bestimmt noch geringer ausgefallen, als dieses seitens Frä. Y. geschehen ist.“

Aktenvermerk der städt. Dienststelle

„Die Beschwerde ist völlig unbegründet. Eine wirkliche Not liegt nach den Feststellungen der Helferin nicht vor. Trotz-

dem wurde in bezug auf den Arbeitskittel für den Sohn Volkhard durch den Obmann geholfen. Schon das dürfte nicht geschehen, denn der Sohn war bereits am 28. Oktober nach Göttingen polizeilich abgemeldet worden. Diese Tatsache hat der Beschwerdeführer — wahrscheinlich bewußt — zu erwähnen vergessen, denn es kann wohl kaum angenommen werden, daß dem Vater die polizeiliche Abmeldung seines noch nicht großjährigen Sohnes nach Göttingen unbekannt geblieben ist. Ob bei den Verkehrsbehörden, vielleicht stolz zurückblickend auf ihre ehemalige Reichsbehörden-eigenschaft der vergangenen zwölf Jahre, ein derartiger Ton, dessen der Beschwerdeführer sich bedient hat, üblich ist, entzieht sich meiner Kenntnis; bei einer Kommunalverwaltung ist er jedenfalls nicht gebräuchlich. Wer Unrecht hat, schimpft desto lauter. Hier schimpft der Beschwerdeführer über etwas, was nicht vorhanden ist."

10. 7. 1947.

Stadt Bielefeld, Wirtschaftsamt.

27. Juni 1947.

Herrn Reichsbahn-Amtmann Erich Czech, (21a) Bielefeld.

Zum Schreiben vom 24. 6. 47: Die Helfer-Organisation ist auf Beschluß der Stadtvertretung ins Leben gerufen. In ihr sind alle die Flüchtlinge eingesetzt, die dem Aufruf zur Mitarbeit gefolgt sind. Es stand Ihnen frei, sich ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Ihre Mitarbeit wäre bestimmt nicht zurückgewiesen worden. Wir sind überzeugt, daß Sie selbst eine Trennung der Flüchtlinge und Eingewiesenen in bezug auf ihre Betreuung ernstlich nicht wünschen. Wenn Sie nun mit der Art der Betreuung durch den zuständigen Helfer sich nicht zufrieden geben können oder müssen aus irgendwelchen Gründen ablehnen lassen, so können Sie sich unmittelbar an den Obmann wenden, dessen Name und Wohnung bei der Außenstelle zu erfragen wären.

Ihre Beschwerde bezüglich der Versorgung Ihres Sohnes wird nachgeprüft. Sonst versagen wir es uns, auf den weiteren Inhalt Ihres Schreibens einzugehen.

Erich Czech, Spinnerstraße 1a.

Bielefeld, den 12. 9. 47

An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld.

Betrifft: Soziale Betreuung der Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft.

Am 5. Mai d. Js. habe ich beim hiesigen Wirtschaftsamt für meinen aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Sohn einen Antrag auf Ausstellung von Bezugscheinen für den dringendsten Bedarf gestellt. Der Antrag lief den eigenartigen Weg über eine Blockhelferin mit dem Erfolg, daß ich nichts mehr darüber erfuhr. Auf meine Beschwerde beim Wirtschaftsamt wurde mir mit Schreiben Ha/B v. 27. 6. 47 eine Nachprüfung zugesagt. Trotz einer Erinnerung am 5. August 47 bin ich bis heute noch ohne jede Nachricht geblieben.

In letzter Zeit haben mehrfach durch die Presse angekündigte öffentliche Kundgebungen für die Freigabe unserer Kriegsgefangenen stattgefunden. Zum gleichen Thema haben Sie, Herr Oberbürgermeister, das Wort ergriffen. Wenn unsere Kriegsgefangenen von diesen Kundgebungen erfahren, werden sie sicherlich tief beeindruckt sein und zuversichtlich glauben, daß die Heimat in ihrer großen Fürsorge gar nicht erwarten kann, sie liebevoll ans Herz zu drücken. Welche bittere Enttäuschung aber erwartet sie, wenn sie eines Tages vor der Tür des Wirtschaftsamtes stehen und erfahren müssen, wie weit doch billige Worte von fürsorgenden Taten entfernt sind. Gar mancher von ihnen hat schon erbittert geäußert: Wenn ich das gewußt hätte, dann hätte mich die Heimat nie wieder gesehen! Eine furchtbare Anklage für wahr und umso mehr, als auch den Heimkehrern bald die Fama an das Ohr dringt, daß die hier getroffene Regelung für die Vorlage von Bezugscheinanträgen nur den Block-usw-helfern und ihrem Anhang ausreichende Versorgungsmöglichkeiten gewährleistet.

Wenn Sie Herr Oberbürgermeister, in Worten unter den vordersten den Kampf für die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen aufgenommen haben, dann werden Sie sicherlich nicht zu den letzten gehören, wenn es gilt, diesen Heimkehrern in praktischer Nutzanwendung Ihre Unterstützung durch die Tat zukommen zu lassen. Sonst wären die besagten Kundgebungen nichts als blutloses Wortgefecht oder als eine nur parteipolitischen Zwecken dienende Propaganda zu werden.

Ich bitte daher im vorliegenden Fall auch für meinen Heimkehrer, der gleichzeitig als aus seiner engeren Heimat Vertriebener dop-

pelt fürsorgebedürftig ist, um Ihre Unterstützung bei der weiteren Verfolgung der Angelegenheit.

Erich Czech.

Stadt Bielefeld, Wirtschaftsamt.

23. September 1947

Herrn Erich Czech, Bielefeld, Spinnerstraße 1a.

Zum Schreiben vom 12. September 47 an den Herrn Oberbürgermeister gerichtet.

Ihre Angelegenheit ist inzwischen eingehend geprüft und vom Gewerbeausschuß beraten worden.

Es ist erforderlich, daß der Gewerbeausschuß sich in der nächsten Sitzung noch einmal mit der Sache befaßt. Nach Vorliegen des Beschlusses wird Ihnen sofort ein Bescheid erteilt.

Einstimmiger Beschluß

des Gewerbeausschusses vom 2. Oktober 1947.

„Die Beschwerde wird auch nach nochmaliger Prüfung als unbegründet zurückgewiesen. Die ungebührlichen Äußerungen und unwahren Angaben werden vom Gewerbeausschuß auf das schärfste verurteilt. Wegen des Berichtes in der Westfalen-Zeitung soll das Presseamt antworten. Etwaige weitere Anträge sind vom Hauptwirtschaftsamt dem Gewerbeausschuß vorzulegen.“

Stadt Bielefeld, Wirtschaftsamt.

Bielefeld, den 9. 10. 1947

An Herrn Erich Czech, Bielefeld.

Betrifft: Schr. v. 24. 6., 5. 8. u. 12. 9. 47, Im Anschluß an unser Schreiben vom 23. 9. 47 teilen wir Ihnen mit, daß Ihre Beschwerde nach dem Beschluß des Gewerbe-Ausschusses vom 2. 10. 47 als unbegründet zurückgewiesen wird. Ihr Sohn Volkhard, der bereits am 28. Oktober 1946 polizeilich nach Göttingen abgemeldet wurde, ist in Bielefeld nicht bezugsberechtigt.

Der Gewerbe-Ausschuß verurteilt die in Ihre schriftlichen Eingaben gemachten ungebührlichen Äußerungen aufs schärfste und hat sich über Ihre zukünftigen Anträge aller Art die Entscheidung vorbehalten.

Erich Czech, Spinnerstraße 1a.

Bielefeld, den 17. 10. 47

An das Wirtschaftsamt der Stadt Bielefeld. Betr.: Bezugscheine für Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft.

Bezug: Ihr Schreiben Ha/B. vom 9. 10. 47. Der Beschluß des Gewerbeausschusses, der meine Beschwerde als „unbegründet“ zurückweist, beruht offensichtlich auf einem Irrtum, der vermieden werden konnte, wenn sich der Ausschuß bei dem zuständigen Polizeirevier 2 genauer informiert hätte. Denn mein Sohn ist dort polizeilich gemeldet und daher bezugsberechtigt.

Die „schulmeisterliche Rüge“ des Ausschusses muß ich ebenso scharf zurückweisen. Von dem Vorbehalt habe ich mit Interesse Kenntnis genommen und werde die Auswirkungen abwarten, bevor ich mich zu weiteren Schritten entschieße.

Ich erneuere nach Klarstellung der Bezugsberechtigung hiermit den Antrag für meinen Sohn und sehe bis zum 15. November 47 Ihrem entsprechenden Bescheid entgegen.

Erich Czech.

Stadt Bielefeld, Wirtschaftsamt

Bielefeld, den 23. Oktober 1947.

An das Einwohnermeldeamt mit der Bitte um Stellungnahme weitergerichtet. Der Sohn, Volkhard Czech ist am 26. 10. 1926 geboren.

Die Polizeibehörde der Stadt Bielefeld. Der Chef der Polizei S.-III.

Bielefeld, den 6. 11. 1947.

U. dem Einwohner-Hauptmeldeamt zurückgereicht. Die Angaben des Herrn C. erscheinen von ihm nicht sachlich erkannt und sind dementsprechend formuliert worden. Nachdem er bereits dreimal beim Meldeschreiber des 3. Rev. vorstellig geworden war und es nicht verstehen konnte, daß sein Sohn abgemeldet sei, ist ihm der Zusammenhang nach den meldeamtlichen Bestimmungen eingehend erörtert worden. Vor allem ist er darauf hingewiesen worden, daß sein Sohn seit dem 21. Oktober 46 nach Göttingen abgemeldet sei und daher von hier nicht mehr betreut werden könne. C. erklärte, daß sein Sohn nicht in Göttingen angemeldet worden ist, sondern nach Erlangen zum Studium übersiedelt sei. Der Meldebeamte wies ihn darauf hin, daß dann hierfür eine Anmeldung vorliegen müsse. Im übrigen hätte dieser Zustand vermieden werden können, wenn der Sohn von hier nicht abgemeldet, sondern lediglich mit zweitem Wohnsitz in E. angemeldet worden wäre. Dies sei

Sitzung der Ratsherren

Mittwoch, dem 3. Dezember, 15.15 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Rathauses eine Sitzung der Stadtvertretung statt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Mitteilungen.
3. Annahme des Vermächtnisses der verstorbenen Witwe Paula Janzen geb. Schroeder.
4. Bewilligung von 37 500 RM für den Neuaufbau der Adremanlage nebst Kartell.
5. Bewilligung eines Stipendiums zum Besuch der Staatsbauschule Höxter an Erwin Möhrke.
6. Erlaß der Grundsteuer 1944/46 für zerstörte oder beschädigte Grundbesitz.
7. Einrichtung eines Kindergartens im Hause Carl-Hoffmann-Straße 18.
8. Beitrag für die vom Regierungspräsidenten in der Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni 1948 geplante „Festwoche der Jugend 1948“.
9. Antrag an die Landesregierung auf Herabsetzung der Kraftfahrzeugzulassungsgebühren.
10. Hinzuziehung der Vorsitzenden der Fachausschüsse, wenn deren Anträge an den Personalausschuß von diesem abgelehnt werden sollen.
11. Abhaltung von Volksbelustigungen usw. auf dem Kesselbrink.
12. Bau einer Flüchtlingsunterkunftsbarracke.
13. Ersatzwahl für das ausgeschiedene Mitglied des Entnazifizierungshauptausschusses Seydel.
14. Bildung eines Ausschusses zur Bekämpfung und Behebung der Korruption und Bestellung des Stadtinspektors Bohnenkamp zum Geschäftsführer dieses Ausschusses.
15. Vorschläge für die Besetzung der bei der Bezirksregierung einzurichtenden Spruchstellen für Wohnungsangelegenheiten.
16. Vorschläge für die Besetzung der Stellvertreterstellen im Siedlungsausschuß und Ersatzvorschlag für das z. Zt. gewählte Mitglied (Flüchtling) Fritz Hermann.
17. Wahl eines beratenden Mitgliedes des Brennstoffausschusses.
18. Beitritt der Stadt zum Verein für Wasser-, Boden- und Lufthygiene e. V.
19. Beitritt der Stadt zum Verband der Gemeindefeldbesitzer in Westfalen.
20. Erwerb der Mitgliedschaft im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.
21. Ueberführung des Orchesterwartstelle.
22. Ernennung des Prof. fende Musikerstelle unter Einsparung der Orchesterwartstelle.
22. Ernennung des Prof. Dr. Wolf zum Chefarzt des Krankenhauses.
23. Gesuch des Lehrers Walter Requard um Einstellung als Volksschullehrer.
24. Einstellung des Gewerbelehrers Wynands und des Gewerbelehrers Schwörk.

schon in Bezug auf eine zu erwartende Zuzugsschwierigkeit von Bedeutung. Da nun Czech jun. seit 21. Oktober 46 scheinbar nirgendwo polizeilich gemeldet sei, hat der Meldebeamte die Abmeldung am 8. September 47 dahingehend revidiert, daß der Wohnsitz für hier beibehalten wurde. Dies geschah lediglich zur ordnungsmäßigen Registrierung des C. und vor allem im volkshen und behördlichen Interesse.

Stadt Bielefeld — Einwohnermeldeamt.

Bielefeld, den 6. 11. 47

Urschriftlich dem Wirtschaftsamt Bielefeld mit Bezug auf vorstehende Auskunft zurückgesandt.

Czech hat durch die am 21. Oktober 46 vorgenommene Abmeldung seinen festen Wohnsitz in Bielefeld aufgegeben und hat ihn erst wieder mit dem Tage der Anmeldung — dem 8. September 47 — erhalten.

Oberbürgermeister — Sekretariat —

Bielefeld, den 11. November 1947

Herrn Erich Czech, Bielefeld.

In der Westfalen-Zeitung vom 30. 9. 47 ist ein Artikel erschienen, der Teile Ihres am 12. September 1947 an den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld gerichteten Schreibens wiedergab.

Ich bitte um umgehende Mitteilung, ob Sie die Veröffentlichung dieses Briefes veranlaßt haben oder ob sie mit Ihrer Kenntnis bzw. Zustimmung erfolgt ist.

Ladebeck, Oberbürgermeister.

Erich Czech.

Bielefeld, den 18. 11. 47

An den Herrn Oberbürgermeister Bielefeld. Betrifft: Soziale Betreuung der Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft.

Bezug: Mein Schreiben vom 12. 9. 47.

Auf mein von Ihnen an das Wirtschaftsamt weitergegebenes Schreiben erhielt ich am 9. Oktober 47 zur Antwort, daß meine Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen wird, weil mein Sohn nicht bezugsberechtigt ist, da er in Bielefeld polizeilich nicht gemeldet sei. Bei sorgfältiger Erhebung hätte das WA zu der Feststellung kommen müssen, daß das ein Irrtum ist.

Gleichzeitig wurde vom WA die Drohung ausgesprochen, daß sich über meine zukünftigen Anträge aller Art der Gewerbeausschuß die Entscheidung vorbehalten hat.

Ich habe unter Richtigstellung der Behauptung, mein Sohn wäre nicht bezugsberechtigt,

am 17. gung de daß ich dung e ohne A Ich w gesamte wenden, terhin o

Der C

Herrn

Be

Am 11

ob die

Veröff

Schreib

Verlan

mit Ihre

Leider

wort e

vom 18.

her drin

nächsten

Nachrich

Die An

deswirts

des Gew

bleiben

Beschluß

Im übr

gang im

öffentlic

erspart

warten.

Mitteilun

schicken

enthalten

von uns

Vielleic

1. daß,

möglich

einer Bes

2. daß,

sind, den

wir nicht

Die letz

25. Nov

Punkti:

lingsfr

Ernähru

Brennst

Landr

habe ich

bracht, d

auch wiss

den Natio

kommen i

dazu füh

Volk, das

Wesen

ist, weiter

der Besat

dafür das

und endlic

sorgt, die

Dazu ge

das

das Form

mehr ertr

Sinn mehr

sen, das v

es kaum n

leben. Der

den Engl

wird, in a

daß diese

mehr Men

ohne die

besitzen, d

von spr

des Asy

hat. Es ist

Alliierten

schen ihre

und Neif

daß ihnen d

Will und s

Alliierten

wendig, daß

rechte u

am 17. Oktober 47 den Antrag auf Ausfertigung der Bezugscheine erneuert und mitgeteilt, daß ich bis zum 15. November der Entscheidung entgegenstehe. Bis heute bin ich noch ohne Antwort geblieben.

Ich werde mich nunmehr unter Vorlage des gesamten Materials an die Landesregierung wenden, wenn ich bis zum 25. November weiterhin ohne Nachricht geblieben sein sollte.
Erich Czech.

Der Oberbürgermeister.

Bielefeld, den 21. Nov. 1947

Herrn Erich Czech, Bielefeld.

Betr.: Heimkehrerbetreuung.

Am 11. November bat ich Sie um Mitteilung, ob die in der „Westfalen-Zeitung“ erfolgte Veröffentlichung Ihres an mich gerichteten Schreibens vom 12. September 47 auf Ihre Veranlassung bzw. mit Ihrer Zustimmung oder mit Ihrer Kenntnis erfolgte.

Leider habe ich darauf bis heute keine Antwort erhalten. Wohl aber ging Ihr Schreiben vom 18. November hier ein. Ich bitte Sie daher dringlichst, mir möglichst innerhalb der nächsten drei bis vier Tage entsprechende Nachricht zukommen zu lassen.

Die Androhung Ihrer Beschwerde beim Landeswirtschaftsamt dürfte auf die Beschlüsse des Gewerbeausschusses ohne jeden Einfluß bleiben, da kein Minister in der Lage ist, den Beschluß des Ausschusses aufzuheben.

Im übrigen ist beabsichtigt, den ganzen Vorgang im „Amtlichen Mitteilungsblatt“ zu veröffentlichen. Es bleibt Ihnen also viel Arbeit erspart, wenn Sie bis zu diesem Zeitpunkt warten. Sie brauchen dann nur das Amtliche Mitteilungsblatt an die Landesregierung zu schicken. Aber auch dieser Mühe sind Sie entzogen, da die Landesregierung ein Exemplar von uns erhält.

Vielleicht ersehen Sie daraus zweierlei:

1. daß wir bemüht sind, Ihnen in jeder uns möglichen Weise behilflich zu sein, sogar bei einer Beschwerde gegen die Stadt, und

2. daß wir als demokratische Behörde bereit sind, den Bürger selbst urteilen zu lassen, weil wir nichts zu verbergen haben.

Ladebeck, Oberbürgermeister.

Erich Czech.

Bielefeld, den 24. 11. 47

An den Herrn Oberbürgermeister Bielefeld.
Zu Ihrem Schreiben vom 21. 11. 47 betr. Heimkehrerbetreuung.

Ich beile mich, Ihrer Bitte zu entsprechen, da auch Sie im Gegensatz zu Ihrer Dienststelle mein Schreiben unverzüglich beantwortet haben.

In der Veröffentlichung vom 30. September 1947 heißt es unter der Rubrik „Leser schreiben der WZ.“ wörtlich:

„Aus einem Brief, in dem sich einer unserer Leser ... beklagt, und den er der WZ mit Bezug auf unseren kürzlich veröffentlichten Leserbrief: Einer für viele! zur Verfügung stellt, ist folgender Auszug besonders interessant: ...“

Die Antwort auf Ihre Anfrage geht aus diesen Zeilen denen ich nichts hinzuzufügen habe, eindeutig hervor.

In Ihrem Schreiben vom 21. November vermisse ich zu meinem Bedauern allerdings die Stellungnahme zu meinem Antrag, nachdem feststeht, daß mein Sohn bezugsberechtigt und damit die Begründung des WA für die Ablehnung nicht mehr stichhaltig ist. Ich sehe dieser Stellungnahme noch entgegen.

Sollten Sie diesen Vorgang im Amtlichen Mitteilungsblatt veröffentlichen, dann bitte ich, mir einige Druckstücke dieses Blattes zugänglich zu machen.
Erich Czech.

Oberbürgermeister. 27. November 47
Sekretariat

Herrn Reichsbahn-Amtmann Erich Czech

Bielefeld, Spindelstr. 1a

Sehr geehrter Herr, nach Ihrem Schreiben vom 24. 11. 47 darf ich annehmen, daß Sie selbst die Veröffentlichung Ihres Briefes durch die Westfalen-Zeitung veranlaßt haben. Meine dahingehende Frage hatte einen besonderen Grund. In der Presse war die Bekanntgabe mit „A.D.“ gezeichnet, und ich hätte bei der Wiedergabe des in Ihrer Angelegenheit zwischen Ihnen und den städtischen Dienststellen erfolgten Schriftwechsels die Angabe Ihres Namens vermieden, wenn die „Westfalen-Zeitung“ Ihren Brief von anderer Seite, vielleicht sogar gegen Ihren Willen erhalten hätte.

Nachdem Sie selbst das städtische Wirtschaftsamt in der Öffentlichkeit angegriffen haben, werden Sie es sicherlich verstehen, daß auch die Klarstellung des Sachverhalts ebenso öffentlich erfolgt in der nächsten Nummer des „Amtlichen Mitteilungsblattes“.

Ich darf Sie abschließend dabei wohl auf folgendes hinweisen:

a) Die an Sie und Ihre Familie durch die städtischen Dienststellen gegebenen Bezugsberechtigungen sind nach meiner Überzeugung in Anbetracht der uns vom Landeswirtschaftsministerium zugewiesenen geringen C-Entgelten sicherlich nicht gering, sondern wahrscheinlich sogar reichlich.

b) Mit der Verteilung von Bezugscheinen habe ich in meiner Stellung als Oberbürgermeister nicht das Geringste zu tun. Wir haben eine demokratisierte und nicht eine nationalsozialistische Verwaltung. Das zuständige obere Organ für diese Aufgaben ist der Gewerbeausschuß (aus Ratsherren bestehend), dem ein Verbraucherausschuß beratend zur Seite steht, in dem auch der Einzelhandel vertreten ist.

Eine große Zahl ehrenamtlicher Helfer hat sich freiwillig der Stadt zur Verfügung gestellt, um durch ihre Mitarbeit die Verwaltung zu entlasten und durch eingehende Prüfung der Anträge eine möglichst gerechte Verteilung der geringen Zuteilungen zu erreichen.

c) Die Beurteilung Ihrer Handlungsweise und andererseits die der Tätigkeit des städtischen Wirtschaftsamtes und der ehrenamtlichen Helfer überlasse ich der Ehrengeschichte unserer Stadt, zu der ich auch die hier aufgenommenen Vertriebenen rechne.

d) Sie werden durch das städtische Presseamt ein Exemplar des „Amtlichen Mitteilungsblattes“ erhalten. Ihrer Bitte, einige Exemplare Ihnen zuzustellen, vermag ich nicht nachzukommen. Das erstere gebietet mir der Takt, der für eine demokratische Verwaltung selbstverständlich ist; das letztere verbietet mir die Achtung vor dem Anspruch aller anderen Bielefelder Bürger.

Hochachtungsvoll

Ladebeck, Oberbürgermeister.

Die Sorgen des Landkreises

Landrat Specht spricht über brennende Zeitfragen

Die letzte Sitzung des Kreistages fand am 25. November statt.

Punkt 1: Bericht des Landrats über Flüchtlingsfragen, Versorgung mit Bedarfsgütern, Ernährungslage einschließlich Schulspeisung, Brennstofffragen und Kraftfahrzeugfragen.

Landrat Specht: Schon einige Male habe ich an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß Besatzung verpflichtet. Wenn wir auch wissen, daß das ungeheure Elend durch den Nationalsozialismus über Deutschland gekommen ist, so darf diese Tatsache aber nicht dazu führen, daß die Besatzungsmacht das Volk, das in großen Teilen unschuldig an dem Wesen und Wirken des Nationalsozialismus ist, weiterhin bestraft wird. Wir müssen von der Besatzungsmacht erwarten, daß auch sie dafür das notwendige Verständnis aufbringt und endlich für Abänderung von Mißständen sorgt, die untragbar sind.

Dazu gehört in erster Linie

das Flüchtlingsproblem

das Formen angenommen hat, die fast nicht mehr ertragen werden können. Es hat keinen Sinn mehr, Flüchtlinge in ein Gebiet einzuweisen, das vollständig überbevölkert ist, und wo es kaum noch möglich ist, menschenwürdig zu leben. Der Gedanke des Asylrechts, der von den Engländern in besonderem Maße betont wird, in allen Ehren. Stellt sich aber heraus, daß dieses Asylrecht dazu führt, daß drei und mehr Menschen in einem Wohnraum hausen, ohne die notwendigen Bedarfsgegenstände zu besitzen, dann kann man nicht mehr davon sprechen, daß die Gewährung des Asylrechts noch einen Sinn hat. Es ist notwendig, daß man endlich bei den Alliierten erkennt, daß die deutschen Menschen ihre Wohnstätten östlich der Oder- und Neiße-Linie behalten müssen, daß ihnen dort eine Existenzmöglichkeit gegeben wird und sie auch dort unter dem Schutz der Alliierten leben können. Weiterhin ist aber notwendig, daß man endlich erkennt, daß eine gerechte und gleichmäßige Vertei-

lung stattfinden muß, wenn man schon das Asylrecht weiter gewähren will. Es kann nicht angehen, daß in der französischen Zone Wohnraum zur Verfügung steht, und Nordrhein-Westfalen nicht mehr weiß, wie es seine Flüchtlinge unterbringen soll. Es ist weiterhin notwendig, daß man endlich einsieht, daß man auf dem Gebiete der Wohnraumbewirtschaftung durch Errichtung von Neubauten mehr Wohnraum schaffen muß.

Durch das Zusammenpressen von Menschen in engstem Wohnraum ist die

Gefahr der Seuchen

gewachsen. Wir haben bedauerlicherweise zahlreiche Paratyphusfälle innerhalb unseres Kreisgebietes feststellen müssen. Es ist uns gelungen, diesen Gefahrenherd einzudämmen, dessen weitere Ausbreitung nur durch ganz scharfe Maßnahmen der Absperrung verhindert werden konnte. Von neun Fällen der Erkrankung an Kinderlähmung verlief ein Fall tödlich. Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, daß die Diphtherie ansteigt, so daß wir insgesamt bisher 5 Todesfälle zu verzeichnen haben. Darüber hinaus steigt auch Scharlach in der letzten Zeit besonders an. Der Stand der Tuberkulose ist derart erschreckend, daß dringend Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen. Wir hatten im Jahre 1939 383 aktive Fälle, davon 153 offene. 1944 366 aktive, davon 163 offene, am 1. Oktober dieses Jahres waren 895, davon 352 offene Fälle zu verzeichnen. Selbstverständlich tun wir alles zu ihrer Bekämpfung. Wir haben heute vier Abteilungen mit 195 Betten und tragen uns mit dem Gedanken der Einrichtung weiterer Stationen. Aber was nützen alle Bestrebungen, die Seuchen zu bekämpfen, wenn dem Zusammenpressen der Menschen kein Ende gemacht wird. Der Tiefstand der Moral wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Zahl der Geschlechtskrankheiten immer mehr ansteigt, ein Zeichen dafür, daß man es in vielen Fällen mit dieser Gefahr nicht ernst nimmt.

Immer wieder haben wir der Militärregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß in der Zuweisung von Flüchtlingen unter allen Umständen eine Lockerung erfolgen muß. Wir haben innerhalb des Landkreises 95 000 Einwohner, 71 077 Einheimische und 24 105 Evakuierte und Flüchtlinge. Wohnraummäßig gesehen liegen die Verhältnisse so, daß

auf eine Person etwa 5,88 qm Wohnraum entfallen, ein Zustand, der nach unserer Auffassung unhaltbar ist.

Die Zuweisung von Bedarfsgütern

Wir müssen mit Betrübnis feststellen, daß wir nicht in der Lage sind, Flüchtlinge wie auch Einheimische, die ja auch zu einem gewissen Teil abgebrannt sind, mit den

notwendigen Bedarfsgütern

zu versorgen. Wenn wir die Zahl von 95 000 Einwohnern der Zahl der Zuweisungen gegenüberstellen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß manchmal auf 1000 oder gar 2000 oder 3000 Menschen nicht eine einzige Bezugsmarke entfällt. Einer Bevölkerungszahl von 95 000 stehen vom 1. Januar bis 31. August 1947 beispielsweise folgenden Zuweisungen gegenüber: Für Frauen und Mädchen: 24 Wintermäntel, 677 Kleider, 164 Taghemden, 86 Nachthemden, 172 Schlüpfer, 584 Paar Strümpfe. Für Männer und Burschen: 73 Anzüge, 198 Hosen, 25 Wintermäntel, 954 Taghemden, 71 Unterhemden, 1326 P. Socken. Arbeits- und Berufsschuhe für Männer und Burschen: 669 Paar. Arbeits- und Berufsschuhe für Frauen und Mädchen: 20 Paar. Soweit es sich um Wohnungseinrichtungen oder sonstige Dinge handelt, noch folgende Zahlen: Bettlaken 127, Kopfkissenbezüge 142, Schlafdecken 1333, Handtücher 1184, Öfen 97, Kohle- und Grudeherde 68, Kochhexen 224, Haushalts-eimer 14, Wannen 4, Kochtöpfe 1038, Fahrräder 70, Fahrraddecken 1282, Fahrradschläuche 1144. Ich möchte betonen, daß alle Gemeinden und Amtsbezirke ernstlich bedrängt gewesen sind, diese Güter hauptsächlich an

Flüchtlinge herauszugeben, daß aber einmal der Zeitpunkt kommen muß, wo auch die Einheimischen in etwa berücksichtigt werden müssen. Denn wenn man weiter bedenkt, daß die Hausfrauen verpflichtet sind, alte Bekleidungsstücke in Stand zu halten und vor allen Dingen für die Reinigung zu sorgen haben, und wenn man weiß, daß leider durch den Beschluß der Militärregierung nunmehr auch das größte Werk in Deutschland auf dem Gebiete der Reinigungsmittelherstellung, die Henkel-Werke, demontiert werden soll, kommt man zu dem Ergebnis, daß größte Gefahren und weitere Verelendung aller Volksschichten die Folge sein werden. Deshalb hat der Kreisausschuß das Wirtschaftsministerium gebeten, dafür einzutreten, daß von einer Demontage der Henkel-Werke Abstand genommen wird.

An dieser Stelle müssen wir Protest erheben gegen die Aufschlüsselung der Bedarfsgüter. Denn die Aufschlüsselung ist nicht nach der Kopfzahl der Bevölkerung vorgenommen worden, sondern nach einem System, das die Landkreise schwerer schädigt. Vorweg möchte ich sagen, daß ich nicht gegen die Stadt Bielefeld opponieren will, sondern mich über jede Zuwendung an die Stadt Bielefeld freue. Aber es geht nicht an, daß, wenn man Berufskleidung für die Landwirtschaft verteilt, man dem Stadtkreis Bielefeld eine viel höhere Zuteilung gibt als dem Landkreis. Der Stadtkreis hat 1,91 Prozent und der Landkreis nur 1,33 Proz. erhalten. Das sind Unterschiede, die nicht berechtigt sind. Nach der Feststellung der Kreisbauernschaft müßte die Verteilung so sein, daß 9 Teile der gesamten Zuteilung an Berufskleidung für die Landwirtschaft dem Landkreis zugute kommen müßten. Ähnlich verhält es sich bei der Zuteilung von Fahrrädern. Es dürfte auch ihnen einleuchten, daß, da ein großer Teil der in Bielefeld benötigten Arbeiter aus dem Landkreis kommt, diese ganz selbstverständlich viel weitere Wege zurückzulegen haben und daher bei der Zuteilung der Fahrräder besonders berücksichtigt werden müssen. Insbesondere auch deshalb, weil die einheimische Bevölkerung der Stadt Bielefeld eher die Möglichkeit hat, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Nach dem Verteilungsschlüssel erhält Bielefeld-Stadt 1 1/10 Proz. und Bielefeld-Land nur 32/100 Prozent. Die Kreisverwaltung hat von sich aus Veranlassung genommen, sofort Einspruch zu erheben. Ich muß allerdings sagen, daß dieser bisher noch nicht zu dem Ergebnis geführt hat, zu dem er hätte führen müssen.

Neue Flüchtlinge

Das sind die Gründe, die uns veranlassen, uns gegenüber den Schwarzgängern reserviert zu verhalten und den Regierungen stellen zu sagen: wir können nicht mehr. Dadurch haben wir jedoch nicht verhindern können, daß nunmehr von der Regierung uns eine Auflage bezüglich der Flüchtlinge gegeben wird, die als erschreckend zu bezeichnen ist. Ich weise darauf hin, daß jetzt von der Regierung Nordrhein-Westfalen in der Zuweisung von Flüchtlingen ein anderes System gehandhabt wird. Während man bisher die Zuweisung nach der qm-Zahl an vorhandenem Wohnraum vornahm, ist die ganze Angelegenheit nunmehr umgeändert worden, indem man sagt, daß 1,3 Personen auf einen Wohnraum entfallen. Diese neue Rechnung hat dazu geführt, daß auf den Landkreis Bielefeld in der Theorie noch 14 000 Flüchtlinge fallen sollen, um mit anderen Kreisen gleichgestellt zu werden. Natürlich haben wir uns entschieden dagegen gewehrt, besonders der Oberkreisdirektor hat bestritten und bestritten auch heute noch, daß wir zu gering bevölkert sein sollen. Denn unsere Grundzahlen beweisen, daß wir schon jetzt bei 1,24 liegen. Wir haben uns in verschiedenen Sitzungen des Kreisausschusses eingehend mit der Flüchtlingsfrage beschäftigt und uns damit abgefunden, daß wir weitere Flüchtlinge aufnehmen, mußten. Da wir jedoch feststellen müssen, daß zwei Kreise des Regierungsbezirkes in aller nächster Nähe sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, haben auch wir der Regierung mitgeteilt, daß wir so lange keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen, bis auch diese Kreise die ihnen zustehenden Flüchtlinge unterzubringen bereit sind.

Flüchtlinge und Einheimische

Das Verhältnis der Flüchtlinge zu den Einheimischen ist manchmal ein trauriges Kapitel. Es ist traurig, wenn Einheimische den Flüchtlingen das Licht abdrehen, die Klosettanlagen abschließen und sie beleidigen. Ich bin der Auf-

fassung, daß wir verpflichtet sind, auch den Flüchtlingen, soweit es in unseren Kräften steht, entgegenzukommen, sie zu unterstützen und mit dazu beizutragen, daß sie sich in unseren Reihen wohlfühlen. Einheimische, die sich weigern, eine menschenwürdige Behandlung den Flüchtlingen gegenüber an den Tag zu legen, müssen damit rechnen, daß wir gegen sie rücksichtslos vorgehen werden. Was jedoch für die Einheimischen gilt, das gilt auch für die Flüchtlinge. Wir müssen von ihnen erwarten, daß sie sich in die westfälische Eigenart hineinfinden.

Besonders wichtig ist die Schaffung von neuem Wohnraum. Ich möchte die Militärregierung bitten, beschlagnahmte Häuser, die nicht oder nur mangelhaft bewohnt sind, freizugeben, damit wir in bescheidenem Maße Menschen unterbringen können.

Die Ernährungsfrage

In der Ernährungsfrage haben wir, abgesehen von Kartoffeln, bis jetzt nicht mit den furchtbaren Schwierigkeiten zu tun gehabt wie im vergangenen Jahre. Wir haben uns vorsorglich schon am 11. September 1947 im Verbrauchsausschuß mit der Ernährungsfrage beschäftigt. Wir haben Stellung genommen zu der Frage der Kartoffel-, Getreide- und Mehlbewirtschaftung, der Schulpflicht sowie der Gemüsebewirtschaftung. Wir haben uns im allgemeinen auf den Standpunkt gestellt: ein deutsches Volk und eine einheitliche Ernährung. Wir haben uns gesagt, daß es nicht zu verantworten ist, wenn in einem Lande 2 Ztr. Kartoffeln aufgerufen werden und auf der anderen Seite der Ruhrarbeiter nicht seine täglichen Rationen bekommen kann. Wir haben mehrere Male in Düsseldorf verhandelt, um im Landkreis Bielefeld den zweiten Zentner Kartoffeln freizubekommen. Aber der Minister hat diesen Antrag abgelehnt aus der Erwägung heraus, daß im Industriegebiet die Versorgungslage die Ausgabe des zweiten Zentners nicht gestattet. Der Kartoffelwirtschaftsverband hat seine Zustimmung gegeben, daß wir für die Flüchtlinge, die noch ankommen, weitere Reserven halten dürfen. Während wir, der Oberkreisdirektor, einige Herren und ich, uns bemühten, bei der Regierung in Düsseldorf zu erreichen, den zweiten Zentner zu bekommen, oder sonstige Erleichterungen durchzusetzen, hat es hier Kreise gegeben, die in Verkennung der Tatsachen Herrn Oberkreisdirektor und mich bezichtigt haben, den zweiten Zentner Kartoffeln aufgerufen zu haben. Ich stelle an dieser Stelle fest, daß diese Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen. Es handelt sich hierbei um frivole Verleumdungen.

Es sind nunmehr endlich Marktleistungsausschüsse gebildet worden. Im Zusammenhang mit den Marktleistungsausschüssen steht die Frage, die mein Vorgänger, Herr Regierungspräsident Baurichter, immer wieder berührte: Eingliederung der Kreisbauernschaften in die innere Verwaltung. Nach uns zugegangenen Mitteilungen scheint es so zu sein, daß mit Ende des Jahres mit der Eingliederung der Kreisbauernschaften in die innere Verwaltung zu rechnen sein wird. Ich bitte darum, damit einverstanden zu sein, daß die Erörterung dieser Frage im Ernährungsausschuß vorgenommen wird.

Ich bin der Auffassung, daß, soweit es sich um die Getreidewirtschaft handelt, die Dinge leider nicht so günstig liegen wie vor einigen Wochen. Es ist im Augenblick so, daß wir zwar noch eine Reserve von 1200 Tonnen Getreide haben sollen, aber ich stelle fest, daß seit Wochen keine Zuweisung vom Ausland mehr erfolgt ist. Und nach den Mitteilungen, die ich heute noch erhielt, auch in den nächsten Tagen nicht erfolgen wird. Wir haben uns deshalb, als uns vor etwa 14 Tagen diese Tatsache bekannt wurde, an die Kreisbauernschaft gewandt, und haben die Kreisbauernschaft ersucht, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß nunmehr mit dem Abbruch des Getreides im hiesigen Bezirk begonnen wird, um einen evtl. eintretenden Notsand überbrücken zu können. Persönlich wäre es mir lieber, wir bräuchten das nicht zu machen.

Die Brennstofffrage

Ein paar Worte nun zur Frage der Brennstoffversorgung. Es ist bedauerlich, daß uns allein durch Kohlendiebstähle 501 Tonnen verloren gegangen sind, eine Menge, die ins Gewicht fällt und ein Bild gibt von der heutigen Moral; denn nicht in jedem Falle ist es die Not, die zu den Kohlendiebstählen zwingt, sondern die Aussicht auf Verdienstmöglichkeiten. Erfreulicherweise haben wir in diesem Jahre zu verzeichnen, daß Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Gärtnereien,

Aerzte, Apotheken versorgt waren, und es wahrscheinlich möglich sein wird, diese Versorgung weiterhin aufrecht zu erhalten.

Damit ist gegenüber dem Vorjahr eine Besserung zu verzeichnen. Weiter ist damit zu rechnen, daß im Dezember d. Js. der vierte Zentner Braunkohlenbriketts aufgerufen werden kann. Die Holzbeschaffung ist äußerst schwierig. Man weiß nicht einmal, woher Holz für Särge zu nehmen ist. Deshalb ist es besonders wichtig, die Gewinnung von Stockholz nicht aus den Augen zu verlieren.

Einige Worte möchte ich sagen über die Frage der

Stilllegung von Fahrzeugen

und der Treibstoffbewirtschaftung. Es liegt heute so, daß Bestrebungen im Gange sind, die Straßenverkehrsämter als Sonderbehörde aufzuziehen. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Es kann nicht angehen, daß wir zwar die Kosten für die Straßenverkehrsämter zu zahlen haben, ohne irgendeinen Einfluß auszuüben. Auch die Straßenverkehrsämter müssen der inneren Verwaltung unterstellt sein, damit auch sie damit der Kontrolle der Volksvertretung unterstellt sind. Über die Stilllegung von Kraftfahrzeugen ist in der Öffentlichkeit viel geschimpft worden. Soweit es sich um die Frage der Stilllegung von Kraftfahrzeugen im Landkreis Bielefeld handelt, bin ich der Auffassung, daß sie für uns fühlbarer ist als die Demontage, wohlgedemkt nur im Landkreis Bielefeld. Es ist angeordnet worden, daß 43 Prozent aller Pkws stillgelegt werden müßten. Wir hatten uns damit abgefunden, daß 15 Prozent stillgelegt würden. Das ist aber abgelehnt worden. Man hat uns gesagt, wenn der Straßenverkehrsausschuß die Stilllegung nicht vornimmt, muß es der Leiter des Straßenverkehrsamtes tun; wenn auch dieser sich weigert, wird er aus seiner Stellung entfernt und an seine Stelle wird ein Kommissar treten. Deshalb haben wir uns gesagt: dann wollen wir die Dinge selbst untersuchen und einigermaßen gerecht sein. Wir hatten 519 Pkws., jetzt haben wir noch 313. 206 mußten stillgelegt werden. Kleinlastwagen bis 500 kg Nutzlast waren 144 vorhanden, jetzt noch 98, stillgelegt wurden 46, Lastkraftwagen über 500 kg Nutzlast waren 310 vorhanden, jetzt noch 294, also stillgelegt 16. Ich weiß, daß es für viele, die von dieser Aktion betroffen wurden, durchaus hart ist. Wir waren ehrlich bestrebt, das zu tun, was wir glauben, verantworten zu können. Es ist möglich, daß demnächst eine Lockerung erfolgt, d. h. daß die von mir genannten Stilllegungszahlen noch herabgesetzt werden, aber gewiß wird es nicht so kommen, daß jeder seinen Wagen wieder frei bekommt. Im Monat Oktober wurden 2000 Liter Vergaserkraftstoff und 6000 kg Diesel weniger zugeteilt als im September.

Zu dem Kapitel der

Entnazifizierung

Will ich kurz noch sagen, daß in einer Verlautbarung des Mister Warrat zum Ausdruck gebracht worden ist, daß der Kreistag für die Durchführung der Entnazifizierung verantwortlich sei. Auf der anderen Seite ist es jedoch keinem Kreistagsmitglied gestattet, Einblick in die Akten zu nehmen. Wie kann bei dieser Sachlage dem Kreistag eine Verantwortung aufgelegt werden? Wenn jemand zu mir kommt, und sich über seine Entnazifizierung beschwert, daß die Überprüfung so lange dauert, und mich fragt, woran das liege, so kann ich ihm nur sagen, daß ich das auch nicht weiß, da ich keine Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Akten habe. Ich kann höchstens zu dem Sachbearbeiter sagen, er möge mir allmonatlich Ein- und Ausgänge melden. Ich bitte deshalb den Kreistag, mit mir einverstanden zu sein, daß wir jede Verantwortung für die Durchführung der Entnazifizierung ablehnen müssen.

Es ist uns dank der intensiven Mitarbeit von unserem Pächter auf Norderney gelungen, unser Kinderheim wieder in Stand zu setzen. Die Einweihung hat am 25. Oktober stattgefunden, an dem Tage, an dem vor 25 Jahren das Heim errichtet wurde. Das Heim kann sich wieder sehen lassen; 50 Kinder sind dort gegenwärtig in vorbildlicher Weise untergebracht worden. Das Heim muß noch weiter ausgestaltet werden, und wir tragen uns mit dem Gedanken, 85 Kinder unterzubringen.

Es folgte eine lebhafte Aussprache, auf die wir noch zurückkommen.

Regist. b. Wirtschaftsministerium NRW - B IIIa - 17 Nr. 43/46 v. 27/X 47 - Lizenzträger: Arthur Ladebeck, Bielefeld. Für den Inhalt verantwortlich: Presseamt der Stadtverwaltung (für alle städtischen Veröffentlichungen) und die Kreisverwaltung (für die Veröffentlichungen des Landkr.) Druck und Vert.: J. D. Küster Nachf., Bielefeld